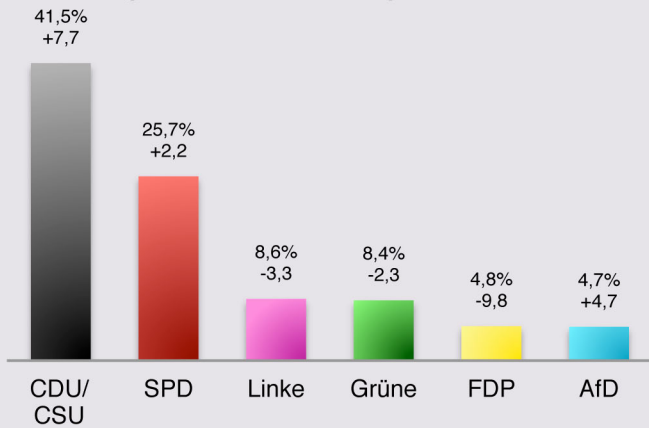




## Bundestagswahl 2013

### Ergebnis Bundestagswahl 2013



Die **FDP** war zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik nicht mehr im Parlament vertreten.  
Die **AfD** scheiterte bei ihrem ersten Antreten mit 4,7% knapp. Insgesamt gab es 15,7% Stimmen für Parteien, die an der 5-Prozent-Hürde scheiterten – ein Rekordhoch und Anlass zu neuerlicher Kritik an der relativ hohen Sperrklausel.  
[Sperrklausel in anderen Ländern: AT 4%; DN 2%; IT 3%; NL < 1%; SW 4%; SP 3%]

## Trends: Landtagswahlen seit 2013

### Wahlsieger seit 2013



**Trends der Landtagswahlen**  
Seit der letzten Bundestagswahl fanden in 13 (von 16) deutschen Bundesländern Landtagswahlen statt.  
Die **AfD** konnte in sämtliche neugewählten Landtage einziehen, erzielte z.T. zweistellige Ergebnisse und wurde in einigen Ländern dritt-, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sogar zweitstärkste Partei.  
Die **SPD** verlor in vielen Ländern deutlich bis stark und büßte in NRW und Schleswig-Holstein sogar den Posten des Ministerpräsidenten ein.  
Die **FDP** konnte bei den letzten Wahlen ein politisches Comeback feiern. Die **Grünen** blieben, mit Ausnahme von Baden-Württemberg, oft unter ihren Erwartungen.

## Große Koalition 2013-2017

**CDU/CSU** und **SPD** verständigten sich auf eine Koalitionsregierung. Die **SPD** unterzog den ausgehandelten Koalitionsvertrag erstmals einem Mitgliedervotum. Stimmberchtig waren alle SPD-Mitglieder, unabhängig von Alter und Staatsangehörigkeit (474.820 Personen), die zwischen dem 6. und dem 12. Dezember über den Koalitionsvertrag abstimmen konnten. Parteivorsitzender Sigmar Gabriel gab bekannt, dass die Partei das Ergebnis als bindend betrachte, wenn sich mindestens 20% der Mitglieder beteiligten. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 78%; 76% der gültigen Stimmen waren für die Bestätigung des Koalitionsvertrags. Am 17. Dezember wählte der Bundestag Angela Merkel zur Bundeskanzlerin.

## ✓ Erfolge der Koalition

Der Koalitionsvertrag wurde größtenteils und in sachlicher Atmosphäre abgearbeitet. Sehr rasch wurden etwa der **Mindestlohn**, die **Erhöhung der Mütterrente** und die **Rente mit 63**, die **Mietpreisbremse** oder die **Frauenquote in Aufsichtsräten** umgesetzt. Auch die Neuregelung der **Bund-Länder-Finanzbeziehungen** konnte nach langen Verhandlungen umgesetzt werden.  
Angesichts der auf Deutschland großen Belastungen und auch angesichts des Widerstandes großer Teile der deutschen Bevölkerung meisterte die Große Koalition auch die **Flüchtlingskrise** von 2015 relativ vorbildlich.  
Die meisten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gesetze trugen die Handschrift der SPD, wo man aus der ersten großen Koalition unter Merkel (2005–2009) eine Lehre gezogen hatte. Viele der asyl- und sicherheitspolitischen Verschärfungen, die im Zuge der Flüchtlingskrise beschlossen wurden, gingen dafür von der Union aus und wurden von der SPD weitgehend mitgetragen.  
Zum großen Eklat kam es erst wenige Monate vor der Neuwahl, als SPD, Grüne und Linke gegen den Willen der Unionsfraktion eine Abstimmung über die **Ehe für alle** durchsetzten.  
Laut einer Forsa-Umfrage vom Mai 2017 ist die **Große Koalition** weiterhin die **beliebteste Regierungsvariante**. 25% wünschten sich eine Fortsetzung, 23% allerdings plädierten für eine schwarz-gelbe Koalition. Alle anderen Varianten schnitten deutlich schlechter ab.

## 📺 Ausgangslage



Die **SPD** konnte ihre gute Performance als Juniorpartner in der Regierung nicht in politische Sympathiepunkte ummünzen – soviel zeigen jedenfalls die Umfragen und die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen. Nachdem Martin Schulz im Januar 2017 überraschend zum Spitzenkandidaten gekürt worden war, stiegen die Umfragewerte der SPD kurzzeitig von etwa 22% auf annähernd 30%. Der „Schulz-Hype“ erwies sich, wie die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und NRW zeigten, allerdings als Strohfeuer. Derzeit liegt die Partei wieder bei nur 22–24%.  
Der **CDU** unter Bundeskanzlerin Angela Merkel konnten, wie die Umfragen zeigen, weder der Dauerstreit mit der bayerischen CSU noch die z.T. heftige Kritik an Merkel wegen ihrer Nachgiebigkeit in der Flüchtlingskrise 2015 nachhaltig etwas anhaben. Die CDU/CSU liegt in den Umfragen bei 38–40%.  
**FDP** (8–10%) und **AfD** (7–10%) können mit ihrem Einzug in den Bundestag rechnen, die Werte für die AfD waren allerdings vor dem Richtungs- und Personalstreit um Frauke Petry im April 2017 schon bedeutend besser.  
**Grüne** und **Die Linke** scheinen gegenüber ihrem Wahlergebnis von 2013 unverändert.